

Parlamentsdirektion
L1.3 – Ausschussbetreuung NR

Wien, am 14. April 2016

Geschäftszahl:
BMFJ-511110/0020-BMFJ - PA/1/2016
Ihre Zahl/Ihre Nachricht vom:
92/BI-NR/2015

Ressortstellungnahme zur Bürgerinitiative Nr. 92

Das Bundesministerium für Familien und Jugend nimmt zur Bürgerinitiative Nr. 92, "das Recht von Kindern und Jugendlichen auf bestmögliche körperliche und seelische Gesundheit und Schutz vor Überverschreibung von Stimulanzien und anderen psychotropen Drogen" im Rahmen seines Zuständigkeitsbereiches wie folgt Stellung:

Da die gegenständliche Forderung nach einer Reduzierung der Verordnung von Medikamenten an Kinder und Jugendliche vor allem bei der Diagnose ADHS nicht in die Zuständigkeit des BMFJ fällt, kann dazu keine fachliche Stellungnahme durch das Bundesministerium für Familien und Jugend abgegeben werden.

Für die Bundesministerin:
Dr. Eleonore Dietersdorfer



